



Datum: 08.10.2025

Pressemitteilung

70. Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt: Fokus-themen waren die Ausweitung der Prüfrechte des Landesrechnungshofes und die Infra-strukturfinanzierung durch das Sondervermögen

Magdeburg, 8. Oktober 2025 – Am 6. Oktober fand in der Stadt Weißenfels die 70. Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt statt. Die Veranstaltung widmete sich schwerpunktmäßig aktuellen kommunalen Herausforderungen und neuen Entwicklungen im Bereich der Infrastrukturfinanzierung durch das Sondervermögen.

Andreas Dittmann, Präsident des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt (SGSA), eröffnete die 70. Kreisvorstandskonferenz und begrüßte die Ehrengäste sowie die Mitglieder. Er erinnerte an die jüngsten Festlichkeiten zur Wiedervereinigung vor 35 Jahren und damit auch an das hohe Gut „35 Jahre kommunale Selbstverwaltung“. In den letzten 35 Jahren haben die Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt bedeutende Fortschritte erzielt und werden seither in guter Art und Weise vom Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt bei ihrer Arbeit unterstützt.

„Wir - die Städte und Gemeinden Sachsens-Anhalts - sind keine Bittsteller, sondern wir sind Teil der demokratischen Grundordnung.“; so erinnerte der Präsident des SGSA an den in der letzten Mitgliederversammlung in Ilsenburg ausgesprochenen, an die Landesregierung gerichteten Appell. Leider mussten die Städte und Gemeinden jedoch feststellen, dass noch weniger geht - nämlich unter Generalverdacht gestellt zu werden. Konkret sprach Andreas Dittmann den aktuellen Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Prüfkompentzen des Landesrechnungshofes in Sachsen-Anhalt an. Am 19. August hatten der Präsident des SGSA, Andreas Dittmann, und die Landesgeschäftsstelle bereits einen offenen Brief zum Thema der Ausweitung von Prüfrechten des Landesrechnungshofes auf Kommunen unter 20.000 Einwohner platziert. Nunmehr wenden sich 83 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Sachsen-Anhalt erneut mit einem offenen Brief und dem Statement „*Vertrauen statt Verdachtskultur – Hände weg von der kommunalen Selbstverwaltung!*“ an die Landesregierung.

Bernward Küper, Landesgeschäftsführer des SGSA, und Andreas Dittmann machten in diesem Zusammenhang nochmals deutlich: Wir wenden uns nicht gegen die Prüfung der Städte und Gemeinden hinsichtlich der Verwendung öffentlicher Mittel an sich. Das ist selbstverständlich. Wenn man aber den bestehenden Prüfmechanismen nicht mehr vertraut, wie kann dann Demokratie verstanden und gelebt werden? Bereits nach den bestehenden gesetzlichen Regelungen kann der Landesrechnungshof auf Ersuchen der Kommunalaufsichtsbehörde oder der oberen Kommunalaufsichtsbehörde auch kreisangehörige Gemeinden und Verbandsgemeinden unter 20.000 Einwohner überörtlich prüfen.

Der Landesgeschäftsführer kritisierte zudem den Landtag in Bezug auf den Gesetzentwurf für das Fehlen jeglicher Kommunikation und das Versäumnis, eine Begründung für die beabsichtigte Erweiterung der Prüfrechte zu liefern. „*Vertrauen bedeutet auch, Probleme anzusprechen, wenn sie auftreten. Verständnis für kommunale Selbstverwaltung sieht anders aus.*“, erklärte Landesgeschäftsführer Küper.

Abschließend forderte der Präsident des SGSA mit den Worten „*Mehr Demokratie wagen, sagte eins Willy Brandt. Mehr Vertrauen wagen, meine ich.*“ vehement eine Abkehr von der angedachten Regelung.

Positiv hob Andreas Dittmann die jüngsten Bemühungen des Landes hervor, die gestrichenen Ausnahmeregelungen für den Erhalt kleiner Schulstandorte im Schulgesetz von Sachsen-Anhalt wieder aufzunehmen und die Frist für die Schulentwicklungsplanung von 2027 auf 2029 zu verlängern.

Auch der Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Weißenfels, Herr Martin Papke, ging, als er den Teilnehmenden seine Saalestadt vorstellte und die Herausforderungen, vor denen sie steht, auf aktuelle gesamtgesellschaftliche Themen ein.

Zudem diskutierte die Kreisvorstandskonferenz zu folgenden Fragestellungen bzw. Informationen:

Versicherungsschutz für Ehrenamtliche: Martin Plenikowski von der Unfallkasse Sachsen-Anhalt informierte über aktuelle Entwicklungen.

Neuausrichtung des Landessportbundes: Präsidentin Silke Renk-Lange stellte personelle und inhaltliche Neuerungen im Landessportbund vor.

Umsetzung des LuKIFG: Der Präsident und der Landesgeschäftsführer des SGSA berichteten aufgrund der Aktualität über die Verhandlungen zur Verteilung des Sondervermögens, insbesondere über die Verhandlungen mit dem Ministerium der Finanzen und präsentierten das derzeitige Ergebnis. Im Anschluss diskutierten die Mitglieder einerseits über das Erreichte, andererseits über noch offene Fragen. Ein Teil der offenen Fragen wird sich allerdings erst, nachdem sich Bund und Länder abschließend über die noch ausstehende Verwaltungsvereinbarung auf Bund-Länder-Ebene verständigt haben, beantworten lassen. Einigkeit bestand darin, dass eine Verwaltungsvereinbarung auf Bund-Länder-Ebene, die der auf Landesebene verhandelten pauschalen Weitergabe von 60 % der Mittel an die kommunale Ebene zuwiderlaufen würde, verheerend wäre. „*Die Pauschalisierung stellt einen entscheidenden Mehrwert der Vereinbarung auf Landesebene dar*“, so Landesgeschäftsführer Küper.

Landespräventionsrat: Informationen zur landesweiten Befragung zur Stärkung der kommunalen Kriminalprävention mit Staatssekretär Klaus Zimmermann.